

«Berggebiete sind innovativ...»

SAB-Direktor Thomas Egger zum Ende des Wirtschaftsliberalismus und zur Zukunftsstrategie der Berggebiete

Walliser Bote: Sie sind seit sieben Jahren Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Die SAB hat in dieser Zeit stark an Profil und Einfluss gewonnen. Ihre Organisation hat sich zum Kompetenzzentrum für Berggebietsfragen gemausert. Freuen Sie sich über diese Blumen?

Thomas Egger: «Wir hatten den Anspruch, die SAB breiter abzustützen und noch besser zu positionieren. Früher wurden wir eher als eine Organisation der Berglandwirtschaft wahrgenommen, was aber schon damals nicht der Realität entsprach. Heute werden wir über die verschiedensten Themen wahrgenommen wie etwa die Grundversorgung und die Verkehrspolitik. Das war der Anspruch, den ich hatte, als ich die operative Leitung der SAB übernahm.»

Das war in Zeiten einer galoppierenden Liberalisierung nicht ganz einfach...

«Wir sind mit unserem Leistungsausweis durchaus zufrieden, denn wichtige Kräfte wirkten in die gegenteilige Richtung.»

Doch das neoliberale Wirtschaftsmodell ist gescheitert. Das zeigt ja die gegenwärtige Konjunkturkrise.

Auch die Strommarktöffnung hat das Ziel sinkender Preise eindeutig verfehlt. Auf der anderen Seite gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Denn jetzt treten die grossen Agglomerationen sehr stark auf den Plan und drängen an die Futtertröge von Mutter Helvetia.»

Vor allem beim Agglomerationsverkehr verlangen die Zentren mehr Mittel.

«Nicht nur dort, auch beim Neuen Finanzausgleich NFA. Die Kernstädte definieren sich zunehmend als Problemgebiete, die für sich einen sozio-demografischen Lastenausgleich einfordern, dann auch erhebliche Mittel für den Verkehr über den Infrastrukturfonds. Insgesamt geht es um 20 Milliarden. Immerhin haben wir – und darauf bin ich schon ein wenig stolz – 1,6 Milliarden Franken für die Hauptstrassen im Berggebiet abzwacken können.»

Nun ist der wirtschaftliche Abschwung rabierter, als das auch viele Politiker eben noch wahrhaben wollten. Läuft da das Berggebiet mit der Zeit nicht voll in einen Sparhammer?

«Das wird nach der Auslösung der Konjunkturprogramme zwangsläufig eintreten. Die jetzigen Ausgaben schreien in einigen Jahren nach harten Sparprogrammen.»

Die Bundesämter befinden sich jetzt schon voll in einer Aufgabenverzichtsplanung.

Das wird uns in der längerfristigen Perspektive noch einige Sorgen bereiten.»

Damit wird Besitzstandwahrung für das Berggebiet das Stichwort auf lange Sicht sein?

«Diesen Begriff mag ich nicht. Es geht vielmehr darum, den raschen Strukturwandel auch im Berggebiet bestmöglich zu be-



In sieben Jahren das Profil der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) entscheidend vertieft und geschärft: Direktor Thomas Egger.

Foto wbo

wältigen. Dabei lautet eine von vielen Fragestellungen: Wie können wir die Grundversorgung auch unter veränderten Rahmenbedingungen gut sicherstellen?

Es bringt nichts, wenn wir uns verzweifelt an die Erhaltung einzelner Poststellen klammern.

Eine Poststelle, die nur noch eine halbe Stunde am Tag offen ist, verliert ihre Bedeutung völlig. Es geht darum: Wie können wir Synergien nutzen zwischen verschiedenen Versorgungsanbietern? Dabei stellt sich die Frage, ob wir nicht besser das Tourismusbüro, den Dorfladen, die Poststelle und die Gemeindekanzlei in ein kleines Dienstleistungszentrum zusammenfassen. Solche Lösungen dürften sich aber nicht auf die Gemeindeebene beschränken, sondern wären regional zu suchen und zu realisieren.»

Ich stelle aber fest, dass viele dieser Dienstleistungen von der Gemeindekanzlei über das Postbüro bis hin zum Dorfladen während des Tages angeboten werden – just dann, wenn viele Leute nicht im Dorf sind.

«Das ist ja genau das Problem. Darum müsste das Angebot gebündelt werden und es bräuchte auch neue Anreize, damit diese Dienstleistungen zum Beispiel früher am Morgen und/oder am Abend und vielleicht noch an einem Samstag verfügbar wären.»

Es geht darum, neben den Einheimischen auch den Gästen Dienstleistungen zu bieten.

Das ist ein wichtiger Punkt. Und der Gast reist bekanntlich oft am Wochenende an.»

Sie haben sich jüngst für die Erhaltung der Buslinien gewehrt. Das ist doch Ausdruck eines immer härteren Verteilungskampfes um Bundesmittel.

«Das ist ein ständiger Kampf. Wenn es die SAB nicht mehr gäbe, dann hätten wir beispielsweise bei den Grundversorgungsleistungen im Berggebiet ein massives Problem. Das sehen viele Leute nicht, aber das ist eine wichtige Botschaft.»

Es braucht eine Stimme, die die Anliegen der Berggebiete formuliert und gegenüber dem Bund vertritt.

Das ist die Aufgabe der SAB. Dabei wollen wir aber nicht nur reagieren, sondern unsere Partner im Berggebiet auch zu innovativen Lösungsansätzen motivieren. Nehmen wir den Freizeitverkehr. 46 Prozent des ganzen Verkehrs ist Freizeitverkehr, das ist viel mehr als etwa der gesamte Pendlerverkehr. Und genau auf diesem wichtigen Gebiet macht der Bund rein gar nichts. Darum haben wir zusammen mit anderen Partnern das Projekt «Bus alpin» ins Leben gerufen, das ja als Pilotversuch auch im Binntal und auf der Moosalp im Wallis angesiedelt ist. Das Parlament aber hat diesen Ball leider nicht aufgenommen – es wäre um ein paar Millionen für innovative Projekte für den Freizeitverkehr gegangen. Da sind wir gescheitert. Aber wir lassen nicht locker.»

Sie fordern auch eine rasche Anbindung des Berggebietes an das Glasfasernetz, als dies die Swisscom mit einem Zeitrahmen von langen 15 Jahren vorsieht...

«Das ist eine unserer wichtigen Forderungen. Wer an diesem Netz dran ist, der hat Zugang zu den Daten-Autobahnen. Wer draussen ist, befindet sich auf einem Nebengeleise. Auf einem ganz anderen Feld, dem der

Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems in der Landwirtschaft, bringen wir aktuell auch Verbesserungsvorschläge an, damit sich das in die richtige Richtung bewegt. Wir agieren nicht nur defensiv, sondern bringen durchaus auch Alternativen oder konstruktive Ergänzungen und Anregungen in die Diskussion. Mit rein defensiven Positionsbezügen ist es nicht getan.»

Stimmt die Gegenleistung der Landwirtschaft gerade im Bereich der Landschaftserhaltung? Ins Wallis fließen jedes Jahr über 100 Millionen an Direktzahlungen, in die meisten Dörfer Hunderttausende von Franken. Oft hat man den Eindruck, dass dafür keine echte Gegenleistung erbracht wird.

«Das sehe ich nicht so. Ich habe einen Riesenrespekt vor den Leistungen der Landwirtschaft allgemein und der Berglandwirtschaft sowieso. Wer heute noch in der Landwirtschaft tätig ist, verdient diesen Respekt, weil er unter schwierigen Bedingungen produziert und die Kulturlandschaft erhält. Man muss diese Leistungen aber besser zur Darstellung bringen, damit man sieht, was die Berglandwirtschaft beispielsweise für den Tourismus leistet.»

Ohne die Berglandwirtschaft gibt es im Wallis keinen Tourismus.»

Übersehen Sie da nicht grosszügig gewisse Auswüchse? Finden Sie am Ende, dass alte Badewannen und kilometerlange Maschendrahtzäune und Stacheldrahtverhaue um übernutzte Matten zum Landschaftsbild gehören?

«Freilich muss sich der Landwirt auch bewusst sein über seinen Beitrag zur Landschaftspflege. Aber ich möchte nicht, dass der Landwirt am Schluss auf eine Rolle als Kulturlandpfleger reduziert wird.»

Landwirtschaft hat auch im Berggebiet mit Produktion zu tun.

Die Landschaftserhaltung ist sozusagen ein Nebenprodukt, wenn auch ein wichtiges. Leider muss ich feststellen, dass die Kontakte zwischen Landwirtschaft und Tourismus oft durch gegenseitige Vorurteile geprägt sind. Es braucht deshalb einen vertieften Dialog zwischen diesen beiden wichtigen Wirtschaftszweigen, damit die Synergiepotenziale noch besser genutzt werden können.»

Berggebietsprodukte sind gut nachgefragt – sowohl bei der Coop als auch bei der Migros. «In der Tat. Eine klare Kennzeichnung solcher Bergprodukte ist wichtig. Pro Montagna von Coop ist dabei der Idealfall: Das Produkt kommt aus dem Berggebiet, wird dort hergestellt. Und mit dem Kauf gibt der Konsument erst noch etwas für die Coop-Patenschaft für Berggemeinden.»

Das ist gutes Geld, das wieder ins Berggebiet zurückgeht.

Auch bei der Heidi-Linie von der Migros sind wir froh, dass Produkte aus dem Berggebiet den Weg in die Regale finden, auch wenn die Verarbeitung nicht dort stattfindet. Die Berg- und Alprodukteverordnung des Bundes umschreibt jetzt klipp und klar, dass das, was als Berg- und Alprodukt deklariert ist, auch dort verarbeitet werden muss.»

Ich behaupte: Es gibt im Wallis nur drei raumplanerisch wirksame Massnahmen: die Lonza-Deponie, die Golfplätze und die Lawenzüge...

«Wir haben einen riesigen Konzentrationsprozess der Bevölkerung in der Rhoneebene. Das will ja auch die Neue Regionalpolitik. Die

Frage ist die: Wie gehen wir damit um?»

Ist das per se schlecht?

«Nein, das ist es nicht unbedingt. Aber dann stellt sich gleichwohl die Frage, wie springen wir mit den umliegenden Gebieten um? Wie binden wir sie mit öffentlichem Verkehr an die Zentren an? Es ist schon so:

Ohne die Lonza-Deponie wären Brig-Glis und Visp zusammengewachsen.

Es braucht Grünflächen, freien Raum und dazu eine bessere Nutzung der Ortszentren. Nehmen wir Visp: Das Gebiet hinter der Migros ist noch voll mit alten, teils schlecht genutzten Gebäuden und Ställen verstellt. Gleichzeitig werden in Visp West die letzten freien Flächen überbaut. Wir müssten uns schon überlegen, wie wir die bestehende Bausubstanz besser nutzen. Dann kommt noch die Politik mit den Einkaufszentren, die man im Oberwallis gemacht hat und noch macht: In der Peripherie entstehen neue Einkaufszentren, obwohl einzelne wie der PAM in Eholz nicht mehr über die Runden kamen.»

Man baut sogar mit einem angeblichen Bedarfsnachweis weitere Verkaufsflächen – und gleichzeitig versucht man die ausblutenden Zentren mit Ortsmarketing zu beleben.

Das ist doch eine Politik, die so nicht aufgehen kann. Die Gemeinden haben es in der Hand, über die Raumplanung Gegensteuer zu geben. Das ist möglich und lässt sich am Beispiel von deutschen Städten wie Pirmasens oder auch dem Südtirol beweisen. Da hat man gesagt: Es gibt keine Einkaufszentren im Grünen.»

Fortsetzung Seite 5

Aus den Augen, aus dem Sinn

Die Kläranlagen betreiben zur Reinigung des Abwassers einen grossen Aufwand

Visp/Oberwallis. – Die Abwasserreinigungsanlagen im Oberwallis haben viel zu tun. Sie sind täglich rund um die Uhr in Betrieb, denn der Säuberungsprozess kann nicht unterbrochen werden.

Eine Ortsschau in Visp: Jeden Tag fliessen etwa 15 000 Kubikmeter verschmutztes Wasser durch die Schleusen der ARA Visp. 5000 Kubikmeter sind Gemeindeabwasser von Ausserberg, Baltschieder, Eggerberg, Lalden, Brigerbad und Visp. 10 000 Kubikmeter entstammen der Lonza AG. Diese riesige Wassermasse durchläuft einen langen Säuberungsprozess.

Fremdkörper stören den Reinigungsbetrieb

Das Gemeindeabwasser muss zuerst von Festmaterial gesäubert werden. Hier treten bereits erste Schwierigkeiten auf, denn die Bevölkerung spült Sachen die Toilette runter, welche dort nichts zu suchen haben. «Das Ärgste sind Damenstrumpfhosen. Diese müssen von den Arbeitern mühsam aus dem Rechen geholt werden», sagt Peter Imesch von der ARA Visp. Die Liste der Kuriositäten, welche bei der Kläranlage auftauchen, ist lang. So fing der Rechen in Visp schon einen Fussball, Windeln, Kondome, Ohrenstäbchen und tote Tiere auf, um nur einige davon zu nennen. «Jeder Einzelne sollte sich bemühen, seinen Abfall richtig zu entsorgen und nicht einfach alles die Toilette runterzuspülen. Das Fehlverhalten stört erstens unsere Maschinen und führt zweitens zu einem viel höheren Kostenaufwand», beteuert Thomas Kahoun, Betriebsleiter der ARA Visp.

Am frühen Nachmittag werden bei der ersten Reinigungsstufe massenhaft Essensreste angeschwemmt. Diese gehören in den Kompost und nicht in das Abwasser. Idealerweise sollten nur Urin und Fäkalien ins Abwasser gelangen. Haushaltsar-



Grobabfälle, die der Rechen aus dem Abwasser holte.

tikel und sonstige Abfallprodukte sind anderswo zu entsorgen.

Keine Chemikalien in die Toilette

Nach Aussortierung des groben Materials fliesst das Abwasser der Gemeinde und der Lonza AG zusammen und der zweite Säuberungsprozess beginnt. Die zweite Stufe ist die Arbeit der unzähligen Bakterien. Die Schlammpopulation zählt unzählige Kleinstlebewesen, die über bestimmte Enzyme verfügen, mit denen sie das Abwasser von Verschmutzungskörpern befreien. Die Bakterien fressen die Fremdkörper auf und nutzen sie zum eigenen Wachstum. «Im ersten Becken werden 90% der Verunreinigungen von den Bakterien vernichtet und im zweiten verschwindet von den restlichen 10% nochmals die Hälfte



15 000 Kubikmeter Abwasser fliessen täglich in die ARA Visp.

te. Der Rest bleibt im Wasser», legt der Betriebsleiter dar. Ein grosses Problem für die biologische Reinigungsstufe sind Chemikalien, für welche die Bakterien kein passendes Enzym haben. Medikamente beispielsweise, die gesetzwidrig in die Toilette gespült werden, können von den Mikroorganismen nicht aufgenommen und verwertet werden. Dies hat zur Folge, dass die Medikamentenstoffe teils auch noch im gereinigten Wasser auftreten. Andere Chemikalien sind sogar schädlich für die Kleinstlebewesen. Thomas Kahoun erklärt: «Wenn jemand Pflanzenschutzmittel in die Kanalisation schüttet, hat das bei den Abwasserreinigungsanlagen Konsequenzen. Zwar treten die Chemikalien in einer viel geringeren Konzentration auf, sind aber dennoch tödlich für die reinigenden Bakterien. Das Ausmass ist glücklicherweise zu klein, um die gesamte Schlammkultur aus dem Gleichgewicht zu bringen. Für die Chemikalien im Lonza-Abwasser sind die Bakterien jedoch gewappnet.» Die letzte Reinigungsstufe der ARA Visp erfolgt im Flotationsbecken. Dabei wird hauptsächlich Phosphat vom Wasser getrennt. Je mehr Phosphat in die Rhone gelangt, desto mehr leidet der Genfersee an Algenbefall. «Die Leute sollten darauf achten, phosphatfreie Waschmittel zu benutzen», wünscht sich Thomas Kahoun.

Fotos wb

Täglich

zehn Tonnen Asche

Vom Flotationsbecken fliesst das Wasser, nach der 24-stündigen Reinigung, zurück in den natürlichen Kreislauf. Täglich werden in Visp 20 Tonnen Schlamm als Trockensubstanz verbrannt. Daraus entstehen zehn Tonnen Asche, welche zur Deponie bei der Kehrichtverbrennungsanlage in Gamsen gebracht werden. Zudem verfrachten alle Oberwalliser Abwasserreinigungsanlagen ihren Schlamm nach Visp, wo er verbrannt wird. **ez**

Dafür haben sie jetzt attraktive, blühende und vor Leben pulsierende Innenstädte. Aber das bedingt gemeinsame raumplanerische Absprachen und Zielsetzungen der benachbarten Gemeinden.»

Was bei Weitem nicht der Fall ist, sondern man bekämpft sich nach Möglichkeiten. Dann hat jede Gemeinde noch ihre Industrie- und Gewerbezone, die zwischen Leuk und Visp nochmals grosse Flächen für möglichst eingeschossige Hallen bereitstellen...

«Da sind die hauptsächlich kommunalen Kompetenzen wirklich ein Problem und es bräuchte gewisse Vorgaben des Kantons. Vielleicht kann die Zusammenlegung der vier Regionen zu einer einzigen Oberwalliser Region hier etwas in Bewegung bringen. Eine überkommunale Koordination ist eine unabdingbare Notwendigkeit.

Und der Kanton darf sich in der Raumplanung nicht einfach hinter der Gemeindeautonomie verstecken.

Der neue Dienstchef des kantonalen Raumplanungsamtes, Damian Jerjen, hat eine schwierige Aufgabe angetreten. Es ist zu wünschen, dass er sich in solchen Fragestellungen durchsetzen kann.»

«Berggebiete sind innovativ...»

Fortsetzung von Seite 3

Halb im Ernst: Wäre es nicht eine Lösung, den ganzen Talgrund und die Flanken – sagen wir einmal bis zur Höhenquote 850 m ü. M. – einfach total zu betonieren und dann einfach nur noch Verkehrsflächen und Einkaufszentren und Baumaterialdeponien und Lagerhallen einzuzichnen?

«Das können wir doch nicht wollen, auch wenn wir offenbar auf dem Weg zu diesem unhaltbaren Zustand sind.»

Themenwechsel: Brauchen wir noch mehr Zweitwohnungen, die dann 90 Prozent der Zeit leer stehen? Sie von der SAB sind auch für die Aufhebung der Lex Koller.

«Moment mal – da müssen doch zuerst einmal die Grössenordnungen auf den Tisch: Die Lex Koller löst die Probleme nicht. Darum muss sie aufgehoben werden. Effektiv im Besitz von Ausländern sind nur gerade 17 Prozent der schweizerischen Zweitwohnungen.

83 Prozent der Zweitwohnungsbesitzer sind Schweizer – und die werden von der Lex Koller nicht erfasst.

Also handelt es sich hier sozusagen um ein «hausgemachtes» Problem. Der Zweitwohnungsbau ist kein Problem der Nationalität. Viele Gemeinden und auch Kantone haben sich hinter der Lex Koller versteckt. Darum braucht es jetzt raumplanerische Massnahmen, damit wir den Zweitwohnungspark intensiver nutzen können. Der Kanton Graubünden hat einen ganzen Werkzeugkasten entworfen, der Bund hat eine Planungshilfe für die Kantone erlassen. Da bewegt sich schon etwas. Freilich braucht es auch da innovative Lösungen, damit Vermietungen von bestehenden Zweitwohnungen vermehrt möglich werden – dazu gehört auch ein spezialisiertes Dienstleistungsangebot, das den Wohnungsbesitzern die Reinigung und den Betreuungsdienst zum Beispiel abnimmt. Dabei müsste der Kanton auch einen Beitrag leisten über ein Wohnbausanierungsprogramm, das alte Wohnungen renovieren hilft und sie so auf ein Niveau anhebt, das eine Vermietung möglich macht. Der Umbau von alten landwirtschaftlichen Gebäuden in den Dorfzentren müsste erleichtert und gefördert werden.»

Aber in Tat und Wahrheit geschieht doch genau das Gegenteil: Weitab von den verdönten und entvölkerten Dorfzentren mit ihren alten nicht mehr bewohnten Häusern werden alte Stallscheunen umgebaut und als Zweitwohnungen verkauft. Und gleichzeitig lamentieren wir über die toten Dorfkerne.

«Dieses Problem besteht wirklich. Die Umnutzung in den alten Dorfzentren müsste genau darum erleichtert und gefördert werden. Da müsste man auch von einem übertriebenen Heimatschutzdenken wegkommen und neue Formen von Sanierungen ermöglichen. So würden modernere, zeitgemässe Wohnformen in diesen alten Gebäuden möglich. Es gibt ja auch erste Ansätze für solche Entwicklungen – wie etwa in Visperterminen.»

Die raumplanerischen Hausaufgaben werden in den Kantonen nicht gemacht?

«Daran muss noch intensiver gearbeitet werden – und zwar im ganzen Berggebiet, selbst wenn es gute Ansätze etwa im Kanton Graubünden durchaus gibt.»

Sie haben das Netzwerk für

das Berggebiet in den letzten Jahren konsequent ausgebaut. Der Thomas Egger ist 2009 viel einflussreicher als vor sieben Jahren, als er den Direktorenposten übernahm...

«So habe ich mir diese Frage noch nie gestellt. Aber das trifft wahrscheinlich schon zu. Je besser und umfassender ein Netzwerk, desto eher bringen wir auch Forderungen durch und können gute Dienstleistungen erbringen.»

Haben Sie einen grossen Stab im Rücken?

«Unsere Mittel sind bescheiden. Wir haben genau zwölf Stellen bei uns, inklusive Dienstleistungen für unsere Mitglieder und das ganze Backoffice. Mitglieder sind einmal Bergkantone, dann auch Gemeinden, Institutionen – und durchaus auch Einzelpersonen. Neue Mitglieder sind bei uns immer hoch willkommen. Übrigens auch aus den regionalen Zentren wie Brig-Glis, Chur und Visp, welche integraler Bestandteil der Berggebiete sind.»

Im August gibt es eine Fachtagung über kleine und mittlere Betriebe (KMU) im

Berggebiet. Ich habe oft den Eindruck, dass es im Berggebiet sogar überproportional viele innovative Betriebe gibt. Auch und gerade im Goms: Vom Gastgewerbe angefangen über die Bauwirtschaft bis hin zum Schreinereigewerbe – alle voll auf Draht.

«Das ist nicht falsch. Neueste Studien zeigen genau das auf: Das Innovationsverhalten ist im Berggebiet nicht anders, oft sogar besser entwickelt als in den Zentren.

Es gibt in den Berggebieten durchaus innovatives Unternehmertum.

Die Regionalpolitik des Bundes fusst auf falschen Annahmen, wenn sie hier ein Defizit vermutet. Es sind vielmehr strukturelle Probleme, die den Unternehmen im Berggebiet Probleme bereiten, und nicht fehlende Innovationskraft oder ungenügendes unternehmerisches Denken: Ferne der Absatzmärkte, sodann Skaleneffekte weil die Firmen zu klein strukturiert sind. Also müssen wir diese Fragestellung und auch gewisse politische Zielsetzungen vielleicht sogar völlig neu definieren. Das wird spannend und herausfordernd.»

Interview: Luzius Theler